

Informationen der CDU-Fraktion im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Ausgabe 01/2015 · www.cdu-kreistag.net



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Sommer ist da. So wie der Sommer die Hitze zu uns bringt, so stehen auch unserem Landkreis hitzige Debatten bevor. Nicht nur in Sachen geplanter Mischverkehrstrasse werden die kommenden Monate zeigen, wer in unserem Landkreis für die Interessen der Landkreisbevölkerung kämpft oder lieber den Lobbyisten der Bahn nachgibt. Auch in Sachen Gesundheitspolitik wird Landrat Schellhaas zeigen müssen, ob sein Konzept zur Gesundheitspolitik mehr ist als ein "Rohrkrepierer". Das Thema Gesundheitsversorgung ist zu wichtig, als es zum Spielball der Tagespolitik zu machen. Fakt ist aber, dass gute und bestehende Strukturen erhalten bleiben müssen. Den Weg in den Gesundheitssozialismus werden wir nicht mitgehen. Lesen Sie hierzu mehr in dieser Ausgabe. Trotz der aktuellen politischen Debatten wünsche ich uns allen eine schöne Sommerzeit und hoffe, dass wir auch alle die Zeit finden, diesen in unserem schönen Landkreis zu genießen.

Ihr Lutz Köhler

Haushaltsplan 2015:

Lage im Landkreis weiterhin desaströs – Breite Ablehnung bei den Parteien _ Seite 2

Linksextremismus:

Rot-Grün ist auf dem linken Auge blind – Keine Prüfung des **Gefährdungspotentials** __ Seite 3



CDU-Kreistagsfraktion stellte drei Anträge zur Kreistagssitzung am 29. Juni 2015 aus den Bereichen Schule und Infrastruktur

"Schüleridee der Südumgehung kann Verkehrsprobleme lösen"

Die Wilhelm-Busch-Grundschule in Schneppenhausen soll durch die Neuordnung der Schulbezirke erhalten werden. In der Ernst-Reuter-Schule in Groß-Umstadt ist eine Sanierung der Toilette überfällig.

m Bereich Infrastruktur soll nach dem Willen der Christdemokraten geprüft werden, ob sich die Überlegungen der Schüler Peer Lehmann und Finn Hofmann für eine Südumgehung Darmstadts in die Realität umsetzen lassen. Die beiden Achtklässler hatten sich Gedanken um die Lösung der Verkehrsproblematik von Darmstadt im Rahmen eines "Jugend-forscht-Projekts" gemacht. Nachdem eine mögliche Verlängerung der B 38 an die BAB 661 und BAB 5 sich als nicht durchführbar erwiesen hat und für die geplante Straßenbahn nach Groß-Zimmern keine Finanzierung zustande kommt, steht die Lösung des Verkehrsproblems von Darmstadt wieder ganz am Anfang. Erste überschlägige Kostenschätzungen für das ca. zehn Kilometer lange Tunnelprojekt im Darmstädter Süden liegen nur etwa 20 Millionen Euro über den Kosten für die mittlerweile abgeplante Nord-Ost-Umgehung. Daher soll geprüft werden, ob sich die Idee in die Wirklichkeit umsetzen lässt und ob sie zur Lösung des Darmstädter Verkehrsproblems beitragen kann.

Neuordnung der Schulbezirke in **Braunshardt und Schneppenhausen**

Im Schulbereich beantragte die CDU-Kreistagsfraktion die Neuordnung der Schulbezirke in den Weiterstädter Grundschulbezirken Braunshardt und Schneppenhausen mit dem Ziel die Wilhelm-Busch-Grundschule zu erhalten. Die Wilhelm-Busch-Schule in Weiterstadt-Schneppenhausen ist eine der kleinsten Grundschulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Um den dauerhaften Erhalt dieser Grundschule und die Einhaltung des

Konzeptes "Kurze Beine, kurze Wege" zu gewährleisten, sollte aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion in der Erarbeitung des nächsten Schulentwicklungsplans (mit oder ohne die Stadt Darmstadt) über die Neuordnung der Schulbezirke im Grundschulbereich intensiv beraten werden. Gerade der Stadtteil Weiterstadt-Braunshardt ist im Gegenteil zum Stadtteil Weiterstadt-Schneppenhausen in den letzten Jahren stark gewachsen, sodass die Braunshardter Grundschule perspektivisch an ihre Kapazitätsgrenze gelangen wird. Vor allem für die Schülerinnen und Schüler aus dem Neubaugebiet "Apfelbaumgarten" bietet sich aufgrund der räumlichen Nähe, aber auch des gut ausgebauten Rad- und Gehweges der Besuch der Grundschule in Weiterstadt-Schneppenhausen an. Zudem wurde erst kürzlich in den Grundschulstandort in Weiterstadt-Schneppenhausen durch den Landkreis investiert.

Unzumutbarer Zustand auf Groß-Umstädter Schultoilette

Ein weiterer Antrag im Schulbereich beschäftigte sich mit den Schultoiletten an der Ernst-Reuter-Schule in Groß-Umstadt. Hier ist dem Schuldezernenten Fleischmann bereits im November 2014 eine Unterschriftenliste mit über 200 Unterschriften durch den Schulelternbeirat übergeben worden. Dabei hatte Fleischmann eine Prüfung und die Abstellung der unzumutbaren Umstände zugesagt. Diese Zusage wurde nach einem Ortstermin der CDU-Kreistagsfraktion Ende Januar 2015 wiederholt. Leider war bis Ende Mai 2015 immer noch

Fortsetzung von vorheriger Seite

nichts passiert. In der Mädchentoilette, die sich rund 200 Kinder teilen müssen, sind nur noch vier von ehemals zwölf Toiletten überhaupt vorhanden, aber nur bedingt nutzbar, weil die Türen, Trennwände, Spülkästen und weitere Komponenten defekt sind. Der CDU-Kreistagsfraktion ist durchaus bewusst, dass die Ernst-Reuter-Schule im Jahr 2016 zur Sanierung ansteht und es deshalb nicht sinnvoll ist, viel Geld in die alten Toiletten zu investieren. Allerdings müssen die Zustände, die an manch ältere Autobahntoilette im tiefsten Süden Europas erinnern, umgehend abgestellt werden, bevor es zu gesundheitlichen Schäden bei den Schülerinnen und Schülern kommt

Ermogelte schwarze Null

In der Tat ist das Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 des Landkreises Darmstadt-Dieburg eine ,schwarze Null'. Allerdings muss auch dargestellt werden, wie diese ,schwarze Null' zustande gekommen ist.

us den vorgelegten Zahlen geht eindeutig hervor, dass der Ausgleich des letzten Haushaltsjahres nur durch einen tiefen Griff in die Trickkiste gelungen ist. Mit konsequent sparsamer und vor allem solider Haushaltsführung, wie sich Landrat Schellhaas in der Echo-Podiumsdiskussion zur Landratswahl selbst lobte, hat dies rein gar nichts zu tun. Der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich gelingt nur durch die Auflösung von Rückstellungen in Höhe des eigentlichen Defizits von ca. 13,3 Millionen Euro. Aus eigener Kraft heraus wurde nichts eingespart.

Die CDU-Kreistagsfraktion versteht, dass man sich als guten und soliden Finanzpolitiker darstellen möchte. Allerdings sollte man dann auch mehr abliefern, als simple Taschenspielertricks. Dass es sich bei der Vorlage des Jahresabschlusses 2014 um ein reines Wahlkampfmanöver gehandelt hat, ist offensichtlich. Ein Indiz dafür sei die Tatsache, dass die Jahresabschlüsse bisher nie vor Juni, manchmal sogar erst im September vorgelegt wurden. Es ist dies ein weiterer Beweis für die unsolide Haushaltsführung des Landrates.

CDU-Kreistagsfraktion widerspricht Landrat in der Einschätzung der Haushaltslage des Landkreises Darmstadt-Dieburg – Senkung des Defizits beruht nicht auf Einsparungen

Haushaltslage im Landkreis weiterhin desaströs!

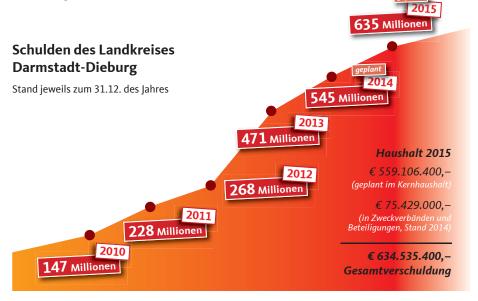
Mit "die Kreisfinanzen sind noch lange nicht auf einem guten Weg", kann man den Haushaltsplan 2015 des Landkreises Darmstadt-Dieburg zusammenfassen. Zu einer ähnlichen Einschätzung sind auch die anderen Oppositionsfraktionen gelangt und haben den Haushaltsplan 2015 des Landkreises ebenfalls abgelehnt.

ie Aussage des Landrats "man habe aus eigener Kraft Boden unter die Füße bekommen" ist falsch. Tatsächlich beträgt der Konsolidierungsbeitrag der Kreisverwaltung mit dem Landrat an der Spitze und der rot-grünen Koalition im Kreistag nur ca. 800.000 Euro. Bei einem Gesamtausgabevolumen von über 414 Millionen Euro entsprechen diese Einsparungen lediglich 0,2 % der Gesamtausgaben. Dafür sollte man sich weder im Kreistag noch bei der Bevölkerung feiern lassen, denn tatsächlich sind die Ausgaben des Landkreises seit dem Jahr 2012 von 375,5 Millionen Euro in den letzten drei Jahren kontinuierlich um fast 40 Millionen Euro angestiegen.

Dass der geplante Verlust für den Kreishaushalt 2015 trotzdem nur bei rund 13,5 Millionen Euro liegt, hat der Landrat im Wesentlichen zwei Faktoren zu verdanken. Zum einen zahlen die 23 Städte und Gemeinden aufgrund ihrer Finanzkraft und wirtschaftlichen Stärke alleine im Jahr 2015 rund zehn Millionen Euro mehr an Kreisumlage an den Landkreis; zum ande-

ren haben der Bund und das Land Hessen ehemalige Kosten des Landkreises übernommen, wie zum Beispiel die Grundsicherung im Alter.

Hinzu kommt, dass die historisch niedrigen Zinsen den Haushalt entlasten und man auch immer mit einer schlechter werdenden Konjunktur- bzw. Wirtschaftslage und damit sinkenden Steuereinnahmen rechnen müsse. Bei einer Gesamtverschuldung des Landkreises von über 635 Millionen Euro zum Ende des Jahres 2015 bedeute ein Zinsanstieg von nur einem Prozent auf einen Schlag über sechs Millionen Euro mehr an Zinslasten pro Jahr. Wenn wir es unter den derzeitigen guten Rahmenbedingungen - niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinsen - nicht schaffen, den Haushalt auszugleichen und erste Schulden zu tilgen, schaffen wir es nie mehr.



CDU-Kreistagsfraktion kritisiert vermeintlichen Konsens zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

Konsens geht nur zu Lasten der Bevölkerung

Es zeigt sich wieder einmal, wie wichtig zuerst der Dialog mit allen Beteiligten ist, bevor irgendwelche Konsensvorschläge an die Öffentlichkeit gelangen, kritisiert die CDU-Kreistagsfraktion die momentane Diskussion zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Man hätte bei allen Beratungen nicht nur die Landräte für die Landkreise und den Oberbürgermeister für die Stadt Darmstadt, sondern auch alle Bürgermeister, Kommunalpolitiker und vor allem Bürgerinnen und Bürger der Anliegerkommunen in die Diskussion miteinbeziehen müssen. Dieser Versuch und auch die momentan vermeintlich vorliegende Konsenslösung sind gescheitert, wenn man die aktuellen Aussagen der Anliegerkommunen zusammenfasst.

ir respektieren den Wunsch der Stadt Darmstadt und der Region für einen ICE-Anschluss. Allerdings darf hierbei nicht das Sprichwort "Koste es, was es wolle' gelten. Man muss sowohl die Bau- und Betriebskosten, als auch den Eingriff in die Natur und die Belastung der Menschen im Auge behalten. Daher muss auch geprüft werden, ob es nicht andere intelligente Lösungen für Darmstadt gibt und ob nicht zum Beispiel eine eng getaktete Direktverbindung

Darmstadt Hauptbahnhof – Frankfurt Hauptbahnhof bzw. Darmstadt Hauptbahnhof – Frankfurt Flughafen ohne Zwischenhalt die bessere Alternative ist. Diese beiden Direktverbindungen schmälern weder die Bedeutung Darmstadts als Wissenschaftsstadt noch der südhessischen Region.

Die Bürgerinnen und Bürger hatten sich bereits mit dem Bau einer ICE-Neubaustrecke durch den Westkreis von Weiterstadt über Griesheim, Pfungstadt,

Bickenbach und Alsbach-Hähnlein arrangiert. Allerdings wird die direkte Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes nur durch eine zusätzliche Schienendirektverbindung entlang der Bundesautobahnen A 5 (nördlich von Darmstadt) und A 67 (südlich von Darmstadt) erkauft. Diesen hohen Preis für die Anliegerkommunen sind die vier südhessischen Landräte und der Darmstädter Oberbürgermeister bereit zu zahlen, aber ob das so auch die Bürgermeister der betroffenen Kommunen gutheißen? Zwischenzeitlich gibt es kritische Stellungnahmen aus Griesheim, Pfungstadt und Weiterstadt, und es steht zu erwarten, dass weitere folgen werden.

Bei der jetzigen Konsenslösung sind die Städte Griesheim, Pfungstadt und vor allem Weiterstadt die großen Verlierer. Die Landkreisbewohner haben direkt keine Vorteile von der Neubaustrecke, die nicht nur für ICE-Züge, sondern vor allem für Güterverkehrszüge gebaut wird. Zusätzlich müssen sie den Lärm und die Zerstörung ihrer Naherholungsgebiete hinnehmen. Dies wird die CDU-Kreistagsfraktion so nicht akzeptieren.

Linksextremistisches Bedrohungspotential im Landkreis Darmstadt-Dieburg sollte festgestellt werden – Rot-Grün lehnt CDU-Antrag erneut ab

Rot-Grün auf dem linken Auge blind

Im Frühjahr 2012 beschloss der Kreistag auf Antrag der rot-grünen Koalition die Einrichtung einer Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus. Damals wurde in der politischen Diskussion seitens Rot-Grün ausgeführt, man wolle sich zunächst dem Thema Rechtsextremismus widmen und sich zu einem späteren Zeitpunkt den anderen extremistischen Themenfeldern, wie z. B. Linksextremismus und religiösem Fanatismus, zuwenden. Davon wollte die Koalition im Dezember 2013 im Kreistag nichts mehr wissen.

in Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Ausweitung des Beratungsspektrums auf Linksextremismus wurde durch die rot-grüne Koalition im Kreistag abgelehnt. Als Begründung wurde seitens der Koalition ausgeführt, es gebe kein linksextremes Bedrohungspotential. Die Fallzahlen im Bereich der Polizeidirektion Südhessen, die zuständig für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt ist, sprechen allerdings eine andere Sprache. So

stiegen im Bereich der Stadt Darmstadt und des Landkreis Darmstadt-Dieburg die Fallzahlen von 14 im Jahr 2011 auf 19 im Jahr 2012. Dem stehen 49 rechtsextrem motivierte Straftaten in 2011 und 51 Straftaten in 2012 gegenüber. Aber spätestens seit den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main im März 2015 ist diese Begründung hinfällig. Auch der religiöse Fanatismus ist ein aktuelles Thema.

Beispielsweise sind nach unterschiedlichen Quellen bereits 23 hessische Schüler durch islamistische Fanatiker für den Bürgerkrieg in Syrien von den Schulhöfen abgeworben worden.

Daher hatte sich die CDU-Kreistagsfraktion im April 2015 erneut entschlossen, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Ziel des Antrages war es, eine Arbeitsgruppe seitens des Landkreises einzurichten, die linksextremistische sowie religiös fanatische Vorkommnisse im Landkreis Darmstadt-Dieburg untersucht, bewertet und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Leider hat sich die rot-grüne Mehrheit im Kreistag Darmstadt-Dieburg auch dieses Mal wieder reflexartig gegen den gut begründeten Antrag der CDU-Kreistagsfraktion gestellt und ihn abgelehnt. Rot-Grün beweist damit ein weiteres Mal, dass es auf dem linken Auge blind ist!

CDU-Kreistagsfraktion kritisiert Gesundheitskonzept des Landrates

Nur dort ins System eingreifen, wo es notwendig ist

"Nicht alles ist schlecht am Positionspapier 'Zukunft Gesundheit' des Landrates, jedoch wird an einigen Stellen über das Ziel hinausgeschossen, kann man das jüngst vom Landrat vorgelegte Positionspapier für den Gesundheitsbereich im Landkreis Darmstadt-Dieburg zusammenfassen", stellt die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg fest.

m Problemfeld der Sicherstellung der wohnortnahen hausärztlichen Versorgung hat der Landrat die Positionen der CDU-Kreistagsfraktion, die bereits im Mai 2014 ein eigenes Konzept zur Sicherung der medizinischen Versorgung vorgelegt hat, weitestgehend übernommen. Allerdings schieße die Zusammenfassung der Altenbetreuung, der noch zu gründenden medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie der Kreiskliniken zu einem regionalen Gesundheitskonzern weit über das Ziel hinaus. Darüber hinaus besteht für den Landkreis keine Notwenigkeit in eine gut funktionierende ambulante Kranken- und Altenpflege mit einem eigenen ambulanten Pflegedienst einzusteigen. Hierdurch würde - mit Steuergeldern subventioniert eine Konkurrenzsituation für private und gemeinnützige Anbieter geschaffen, die mit großer Wahrscheinlichkeit sogar gegen geltendes Recht verstoßen würde.

Grundsätzlich begrüßt die Kreistagsfraktion die Suche nach Partnern, um durch eine Fusion oder Kooperation die Defizite der Kreiskliniken zu reduzieren. Leider hat der Landrat hier in den vergangenen Jahren kein Verhandlungsgeschick an den Tag gelegt, wie die geplatzten Fusions- und Koo-

perationsgespräche der letzten Jahre mit den umliegenden Krankenhausträgern beweisen. Weder die Bergstraße mit dem Klinikum in Heppenheim, noch der Odenwald mit dem Klinikum in Erbach oder auch die Katholische Kirche mit dem Krankenhaus in Dieburg, aber auch das Elisabethenstift und das Alicehospital in Darmstadt, haben am Ende der Verhandlungen sich lieber für andere Partner entschieden. Bleibt einzig das Städtische Klinikum in Darmstadt als letzte Chance für den Landrat, doch noch einen starken Partner in der Region zu finden. Doch ob dies gelingen kann, ist aus kartellrechtlichen Gründen nach der Übernahme des Marienhospitals und des St. Rochus Krankenhauses durch das Städtische Klinikum mehr als fraglich.



Ihre Kreistagsabgeordneten vor Ort

Babenhausen

Reinhard Rupprecht

Dieburg

Peter Christ Boris Freund Iris Landgraf-Sator

Eppertshausen

Bürgermeister Carsten Helfmann

Fischbachtal

Gabriele Pauker-Buß

Griesheim

Evelin Spyra

Groß-Bieberau

Waldemar Stetter

Groß-Umstadt

Heiko Handschuh

Groß-Zimmern

Bürgermeister Achim Grimm Manfred Pentz MdL

Modautal

Marita Keil

Mühltal

Bürgermeisterin Dr. Astrid Mannes Rainer Steuernagel

Münster b. Dieburg

Hans Volkmann

Ober-Ramstadt

Winfried Landrock

Otzberg

Frank Klock

Pfungstadt

Sebastian Sehlbach

Reinheim

Thorsten Fricke

Schaafheim

Siegfried Sudra

Seeheim-Jugenheim Sven Holzhauer

Weiterstadt Lutz Köhler

Kreisausschuss

Groß-Umstadt Georg Theiß

Modautal Jessika Tips

Seeheim-

Jugenheim Marco Hesser



Kontakt

CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg

Heiko Handschuh, Fraktionsgeschäftsführer Jägertorstraße 207 64829 Darmstadt

Telefon: (06151) 881 1373 Telefax: (06151) 881 1374 E-Mail: cdu-kreistag@gmx.de Web: www.cdu-kreistag.net